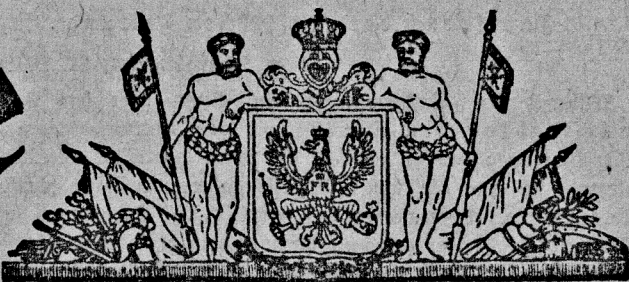


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

1 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten und durch die Post monatlich 28 Mark; unter Streifband 68 Mark im Inland, 80 Mark nach dem Ausland. Anzeigen: Zeile 12 Mark, Familienanzeigen 6 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstraße 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Moritzplatz 11800 bis 11832. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Deutschlands vierfache Garantie.

Die Entscheidung getroffen.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

* Paris, 21. März. (11 Uhr nachts.)

Die Nachmittagsitzung der Wiedergutmachungskommission war um 8 Uhr abends zu Ende. Die Kommission hat endgültige Beschlüsse über die deutschen Zahlungen für 1922 und die von Deutschland zu verlangenden Garantien gefasst. Amtliche Mitteilungen über den Inhalt der Beschlüsse stehen noch aus.

vi Paris, 21. März.

Der Wiedergutmachungsausschuss hat heute die Beratung, die gestern wider Erwarten nicht zum Abschluss gebracht werden konnte, fortgesetzt. Die Vormittagsitzung dauerte bis 2 Uhr. Da die Verhandlungen streng geheim sind, müssen alle Presse- und Nachrichten darüber mit Vorsicht aufgenommen werden. So wurden die Meldungen der heutigen Morgenblätter, daß die Beratungen des Ausschusses durch unerwartete Vorschläge der belgischen Delegierten eine neue überraschende Wendung genommen hätten, mittlerweile dementiert. Der belgische Hauptdelegierte Delacroix hat seinen Kollegen allerdings schriftliche Bemerkungen zur Frage der von Deutschland zu fordernden Garantien überreicht. Aber diese Bemerkungen waren bisher nicht Gegenstand von Besprechungen.

Die Debatte ist allem Anschein nach recht lebhaft und dreht sich um die französischen Forderungen für die Garantien, die von englischer Seite stark bekämpft werden. Die Pariser Abendblätter berichten, Frankreich mache seine Zustimmung zu dem Moratorium von der Auserlegung „strenger Garantien“ abhängig und verlange die Schaffung einer „effektiveren Kontrolle“ der deutschen Finanzen.

Der Vorsitzende der französischen Delegation Dubois hat in der Kommission ein umfangreiches Memorandum eingebracht, das auch auf die deutschen Darlegungen vom 28. Januar und das Exposé Rathenaus in Cannes eingeht und vierfache Garantien fordert, die sich beziehen sollen 1. auf die Ausgaben des deutschen Budgets; 2. auf dessen Einnahmen; 3. auf die Tätigkeit der Reichsbank; 4. auf den Devisenverkehr.

Bei den Vormittagsberatungen wurde angeblich über folgende „Garantien“ gesprochen: Erhebung der Zölle in Gold, Herstellung des Gleichgewichtes im Haushalt durch Einbringen neuer Steuern und die Ausgabe von inneren Anleihen, Herstellung der Autonomie der Reichsbank, Einschränkung des Banknotenumschlags, Unterdrückung der Kapitalflucht, Maßnahmen zur Heimschaffung der fremden Devisen, Veröffentlichung von Handelsstatistiken wie vor dem Kriege usw. Ueber diese Fragen und insbesondere über die Autonomie der Reichsbank, ferner über die fremden Devisen wurde ausführlich gesprochen.

Die Abendblätter bestätigen, daß die in Cannes vereinbarten Ziffern über die deutschen Zahlungen im Jahre 1922 beibehalten werden. Der „Temps“ bemerkt dazu, es scheint noch nicht beschlossen zu sein, daß Deutschland für die ihm erlassenen Summen, nämlich für den Unterschied zwischen den im Londoner Zahlungsplan vorgesehenen Beträgen und denen, die Deutschland nach dem neuen Zahlungsplan im Jahre 1922 zahlen wird, 5 v. H. Zinsen zu entrichten hat. (?) Der „Temps“ bestätigt, daß Deutschland einen etwaigen Fehlbetrag in Sachlieferungen, deren Wert die Summe von 1,45 Milliarden Goldmark erreichen muß, durch entsprechende Barzahlungen auszugleichen hätte.

Der Beschluß, für die Differenz der Annuitäten des Londoner Diktats und der Jahreszahlungen, wie sie in Cannes vorgesehen und jetzt in Paris bekräftigt wurden, von Deutschland fünf Prozent Zinsen zu fordern, würde eine unverständliche Erhöhung der soeben festgesetzten Leistungen bedeuten, die doch wohl nach Ansicht der Alliierten selbst das Höchstmögliche darstellen, was Deutschland wirklich aufzubringen vermag. Eine solche Entscheidung könnte nur den Zweck haben, rein formal die Fiktion des Fortbestehens der Londoner Ultimatumziffern aufrecht zu erhalten. — Die Behauptung des „Temps“, daß ein Minus an praktisch durchgeführten Sachlieferungen durch eine Erhöhung der Barleistungen ausgeglichen werden soll, widerspricht der bisherigen hiesigen Auffassung. Sie widerspricht auch dem Ziele der

Begrenzung der Barleistungen, deren unbedingte Notwendigkeit die Entwicklung der Wechselkurse doch wohl zur Genüge bewiesen hat.

vi Paris, 21. März.

Der „Temps“ erklärt die im deutschen Einnahmesatz verzeichneten Beträge der Einkommensteuer für unwahrscheinlich klein. Er fordert das Garantielomitee auf, sich für die deutsche Einkommensteuer zu interessieren, und bezeichnet es als wünschenswert, daß die Zusammenstellung der Erträge nach großen, mittleren und kleinen Einkommen endlich gemacht werde. Das Blatt macht weiter darauf aufmerksam, daß England nach dem Beschluß des Obersten Rates vom 8. März 1921 eine 26prozentige Wertabgabe von allen in England eingeführten deutschen Waren erhebt, die im laufenden Jahre voraussichtlich 130 Millionen Goldmark einbringen wird. Frankreich habe durch Gesetz vom April 1921 eine entsprechende Abgabe von 50 Prozent vom Werte der eingeführten deutschen Waren eingeführt. Das Gesetz sei aber bisher noch nicht zur Anwendung gelangt. Der „Temps“ betont, daß es nach Sachverständigenberechnungen 100 bis 200 Millionen Goldmark hätte einbringen können, und fordert die Regierung zur Durchführung des Gesetzes auf.

Die Ratifizierung von Wiesbaden.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 21. März.

Die Regierung hat heute nachmittag in der Kammer eine Vorlage eingebracht, nach welcher der Präsident der Republik zur Ratifizierung der Wiesbadener Vereinbarungen samt dem Berliner Zusatzabkommen und dem Interalliierten Finanzabkommen vom 11. März d. J. ermächtigt wird. In Artikel 2 der Vorlage ersucht die Regierung um Ermächtigung, für die deutschen Lieferungen zugunsten des französischen Wiederaufbaues nach Anhörung eines Beratungsausschusses, in dem namentlich die Hauptbranchen der französischen Produktion, die Geschädigten, die Unternehmer und die beteiligten Verwaltungszweige vertreten sind, besondere Zolltarife einzuführen.

Durch die Angleichung des Wiesbadener Vertrages an die Grundzüge des sogenannten Bemelmans-Abkommens wird praktisch auch zwischen französischen Bestellern und deutschen Lieferanten die Preisfestsetzung in freier Uebereinkunft erfolgen. Wenn die französische Regierung für die deutschen Lieferungen besondere Zölle einführt, erhält sie dadurch einmal die Möglichkeit, im protektionistischen Interesse gewisse deutsche Waren ganz fern zu halten. Außerdem kann durch ein Hinausschrauben der Zölle der deutsche Preis herabgedrückt, d. h. der Vorteil des Absatzvorsprungs dem deutschen Lieferanten und dem deutschen Fiskus — dem die Lieferung ja zum vereinbarten Preise gutgeschrieben wird — entzogen und der französischen Zolllast übertragen werden.

Lloyd George stellt die Vertrauensfrage.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* London, 21. März.

Heute mittag gelangte die Nachricht nach London, daß Lloyd George am 3. April der Sitzung des Unterhauses wieder beizuhöhen wird, und daß er beabsichtigt, die Meinung des Hauses über die Politik der Regierung in bezug auf die Konferenz von Genua einzufordern. Chamberlain bestätigte diese Nachricht im Unterhaus und fügte hinzu, daß die Konferenz, wie festgesetzt, am 10. April beginnen werde. Als Vertreter Englands seien Lloyd George, Lord Curzon und Sir Robert Horne vorgesehen. Chamberlain erklärte, die Regierung werde in dieser Angelegenheit die Vertrauensfrage stellen, denn das Haus müsse verstehen, daß Lloyd George unmöglich nach Genua gehen könne, wenn er nicht volle Autorität habe.

Es wird jetzt allgemein angenommen, daß sich die Konferenz von Genua hauptsächlich um die Besprechungen über Rußland und den wirtschaftlichen Wiederaufbau dieses Landes drehen wird. Personen, die in ständiger inniger Verbindung mit dem Premierminister sind, erklären, nur der Widerstand gewisser konservativer und Lord Curzons habe ihn verhindert, Rußland offiziell anzuerkennen oder einen Gesandten dorthin zu schicken. Man glaubt, daß Lloyd George in Genua versuchen wird, die Sowjetregierung zur Anerkennung zu bringen.

Was wird aus Genua?

Eine Umfrage der „Vossischen Zeitung“.

Die „Vossische Zeitung“ hat ihre Korrespondenten des Auslandes ersucht, die Auffassung der maßgebenden Kreise über die Aussichten der Konferenz von Genua im Zusammenhang darzustellen. Wir werden die eingegangenen Artikel der Reihe nach in den nächsten Tagen veröffentlichen.

Prag, 20. März.

Die Prager Regierung sieht, wie Ihrem Berichterstatter von zureichender Stelle mitgeteilt wird, der Konferenz von Genua ohne übermäßigen Optimismus entgegen. Sie ist der Meinung, daß die Gesamtheit der europäischen Staaten, die in Genua vertreten sein werden, nicht über die Festsetzung allgemeiner politischer und wirtschaftlicher Richtlinien hinausgelangen wird; die konkrete Regelung jener Angelegenheiten, die nur die ehemaligen Kriegführenden Staaten betreffen, kann von Neutralen nicht mitbestimmt werden. Die hiesigen führenden Politiker sind aus diesem Grunde sehr damit einverstanden, daß in Genua die Regelung der Reparationen unbesprochen bleibt, denn eine solche Diskussion müßte die neutralen Staaten und zum Teil auch die Mitglieder der Kleinen Entente in einen offenen Gegensatz zu Frankreich oder zu Deutschland stellen. Man ist hier der Meinung, daß die Reparationen direkt zwischen Paris und Berlin besprochen werden müssen, wobei man sich nicht verheißt, daß eine solche Besprechung mit jedem Tage, der den Markkurs weiter zerküßt, dringlicher wird.

Da das Reparationsproblem aus dem Programm der Genua ausschiedel, konzentriert sich das Hauptinteresse der Kleinen Entente auf die Behandlung Sowjetrußlands. Vornehmlich diesem Programmpunkt hat die Konferenz Dr. Beneš in Preshburg und die Beratung der tschechoslowakischen und rumänischen Delegierten in Belgrad gefolgt. Auch die Warschauer Konferenz der Randstaaten mit Polen hält sich in diesem Zusammenhang. Die Kleine Entente wünscht die Randstaaten gewissermaßen als Plankendeckung bei der Konferenz in Genua. Die Summierung der Stimmen soll der Kleinen Entente in Genua Großmachtgeltung verschaffen und die Isolierung ihrer einzelnen Kleinen Bestandteile verhüten. Aber eben diese Summierung zwingt die einzelnen Mitglieder und Anhänger der Kleinen Entente zu Kompromissen untereinander.

Dr. Beneš vertritt für seine Person die bedingte politische Anerkennung und die unbedingte Aufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland, während Südslawien der russischen Sowjetherrschaft vorsichtiger, Rumänien und Polen ihr beinahe feindlich gegenüberstanden. Die mittlere Linie, zu der sich die Kleine Entente untereinander, hierauf mit Polen und dieses wieder mit den Randstaaten geeinigt hat, weicht allen politischen Intimitäten mit Rußland aus und zielt lediglich auf erträgliche Wirtschaftsbeziehungen ab, die namentlich der industriereichen Tschechoslowakei sehr am Herzen liegen. Man denkt hier an ausgiebige Kredite, die nicht in bar, sondern in der Form von Industrieprodukten, namentlich von landwirtschaftlichen Maschinen und von Eisenbahnmateriale an Rußland gewährt werden sollen. Als Garantie für diese Kredite will man privatwirtschaftliche Konzeptionen, etwa an Bergwerken und Eisenbahnen, anstreben, wie denn überhaupt staatliche Wirtschaftsabkommen mit Sowjetrußland nur den Rahmen für die Betätigung privater Unternehmer jedes Staates bilden soll.

Bei dieser Darstellung darf nicht übersehen werden, daß starke politische Parteien, sowohl in der Tschechoslowakei als auch in den anderen Staaten der Kleinen Entente, wesentlich abweichend über die Konferenz von Genua urteilen. Hierzulande opponieren namentlich die tschechischen Nationaldemokraten, hinter denen der größte Teil des tschechischen Industrie- und Bankkapitals steht, gegen die von Dr. Beneš vereinbarte Haltung der Kleinen Entente in Genua. Der Führer der Nationaldemokraten, Dr. Kramarš, sagte eben heute in einer Volksversammlung: „An der Konferenz von Genua werden die Mörder des russischen Volkes mit Vertretern der Staaten an einem Tisch sitzen, denen der Handel über alles geht. Deshalb wird die Konferenz von Genua Rußland nicht helfen, sondern nur die Herrschaft der Bolschewisten verlängern.“ Dr. Kramarš nennt die Haltung der Prager Regierung gegenüber Rußland ein doppelstimmiges Kompromiß, dem die wahren Freunde des russischen Volkes fernbleiben müßten. Bedenkt man, daß solche Widerstände in allen Staaten der Kleinen Entente zu finden sind, so wird man von den Delegierten dieser Länder in Genua kaum mehr erwarten können, als eine sehr vorsichtige und zurückhaltende Behandlung des russischen Problems.

Die Frage internationaler Kredite wird nach der Ansicht hiesiger informierter Kreise in Genua lediglich mit Be-